

Volkswacht

für Schlessen • Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, Mathiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,32 Reichsmark + 8 Pfennig Erträgerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,35 Reichsmark + 33 Pfennig Erträgerlohn = 1,50 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,20 Reichsmark.

Anzeigenpr. Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessen 14 Pf., auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellenangebote, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungsanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in der Zweigstelle abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postkontos: Breslau 38 52. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Abonnement 10 Pf. Verlagort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt. Einzelnummern 10 Pf.

43. Jahrgang Donnerstag, den 2. Juni 1932 Nr. 127

Auf zum Kampf gegen Sozial-Reaktion und Blut-Terror!

Parteigenossen, Parteigenossinnen!

Die Reaktion hat ihre Karten aufgedeckt! Durch eine Intrige ostpreussischer Großgrundbesitzer und ehrgeiziger Generale ist das Kabinett Brüning gestürzt worden, nachdem es wenige Wochen vor im Reichstag mit einer Mehrheit von 30 Stimmen geliegt hatte. An seine Stelle soll als Reichskanzler Herr von Papen treten, dessen einzige politische Leistung bis zur Stunde darin besteht, daß er — bisher auf dem äußersten rechten Flügel des Zentrums stehend — unablässig gegen die Politik der eigenen Partei, gegen die Regierung der Weimarer Koalition in Preußen frondiert und konspiziert hat. Das neu zu bildende Kabinett nennt sich „Kabinett der nationalen Konzentration“. In Wahrheit ist es ein „Kabinett der reaktionären Konzentration“. In diesem Kabinett sammeln sich die wirtschaftlich und politisch reaktionären Mächte Deutschlands.

aller Strafverordnungen gegen den politischen Terror und die baldige Neuwahl des Reichstags. Die Nationalsozialisten betrachten die neue Regierung nur als Wegbereiterin ihrer eigenen Herrschaft. Nach Erfüllung ihrer Bedingungen erhoffen sie unter Anwendung des blutigsten Terrors, durch rücksichtslose Einsetzung der Hitlerschen Privatarmee den künftigen Reichstag nach ihren Wünschen zu gestalten.

Die Sozialdemokratie tritt in die härteste Opposition in einem Augenblick, in dem die reaktionäre Demagogie ausgenutzt ist, sich selber zu entlarven. Es kommt nun darauf an, daß der kurze Zeitraum, der uns voranschleift, bis zu den Reichstagswahlen hienieden wird, ausgenutzt wird, um auch die von Kommunisten und Nazis irreführten Teile der Arbeiterschaft in die Front der Sozialdemokratie gegen die Reaktion zurückzuführen. Das gilt namentlich von jenen Verblödeten und Irreführten, die sich jahrelang von den Kommunisten einreden ließen, daß die Sozialdemokratie der „Sozialfriede“ sei!

Bezeichnend ist schon das äußere Bild: die über große Mehrheit der Kabinettsmitglieder entstammt dem Adel. Bürgerliche Namen sind nur ganz vereinzelt anzufinden.

Genossen und Genossinnen!

Diesen Plan der Reaktion zu durchkreuzen, ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Es besteht hierzu auch die volle Möglichkeit, wenn die Arbeiterklasse das Spiel der Reaktion rücksichtslos entlarzt. Jetzt ist der Augenblick gekommen, in dem die reaktionären Kräfte, die bisher alles Unmögliche auf das „System“, auf die Demokratie, auf die Republik, auf den Sozialismus abgemäht haben, selber die Verantwortung übernehmen müssen.

Der alte Kampfgeist der Sozialdemokratie lebt! Für uns gibt es keinen Kleinmut und keine Entmutigung.

Kein Arbeiter gehört dem Kabinett an. Auch der Mittelstand ist ausgeschlossen. Dies Kabinett der „nationalen Konzentration“ ist die erste Reichsregierung seit 1918, in der die organisierte Arbeiterschaft, in der die Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten, Beamten ganz gleich welcher Richtung, ohne jede Vertretung geblieben sind.

Jetzt wird sich der Wert ihrer demagogischen Verheißungen erweisen! Jetzt sollen die neuen Herren auf der Dautzener Konferenz zeigen, ob sie imstande sind, die Zerstückelung des Versailles Vertrages und die Streichung aller Lasten zu ertrotzen!

Denn wir wissen: Die politische Krise Deutschlands ist nur eine Auswirkung der Weltkrise des kapitalistischen Systems. Bergabwärts lacht die Kapitalistenklasse Deutschlands beim Faschismus ihre Rettung. Alle Fiktionen der kapitalistischen Helfer wird vergeblich bleiben. Der Umbau der verfallenden Wirtschaftsordnung mit dem Ziel sozialistischer Gemeinwirtschaft ist zur Gegenwartsaufgabe gereift. Die Macht der Monarchie muß gebrochen, der Einfluß des Staates auf Warenherstellung, Warenverteilung, Bank- und Kreditwesen verflüchtigt werden. Selbst und Verfügungsgewalt der öffentlichen Hand müssen erweitert werden, um die Grundlage für die Planmäßigkeit der Gesamtwirtschaft zu schaffen.

Das ist kein Zufall! Der äußeren Zusammensetzung entspricht der innere Geist der neuen Regierung. Wir Sozialdemokraten haben an dem Kabinett Brüning vieles zu tabeln gehabt, am meisten, daß die Forderungen der Arbeitnehmer in der Wirtschaftskrise nur sehr unvollständig und zögernd erfüllt. Aber nicht deswegen hat die oben gekennzeichnete Clique das Kabinett Brüning gestürzt. Der Sturz des Kabinetts Brüning erfolgte, um die im Kabinett Brüning noch vorhandene schwache Vertretung der Arbeiterinteressen reflexlos auszumergen. Mit dem Sturz der Regierung Brüning soll die Bahn freigemacht werden:

Jetzt sollen sie zeigen, wie weit ihr demagogisches Geschrei über die Notverordnungen ernst gewesen ist! Jetzt sollen sie zeigen, ob sie die Steuer- verordnungen usw. der Regierung Brüning aufheben werden!

Der Ausweg aus Krise, Not und Elend ist der Weg zum Sozialismus

In diesem Geiste werden wir kämpfen und siegen! Es lebe der Kampf! Es lebe die Sozialdemokratie! Berlin, den 1. Juni 1932. Der Parteivorstand.

für die Aufhebung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung, d. h. für die Ersetzung der gesamten Arbeitslosenversicherung durch die Wohlfahrtspflege; für die Beseitigung eines bindenden Tarifvertragsrechtes, d. h. für die Herabsetzung der Löhne im größten Maßstab.

Papen zum Reichskanzler ernannt

Obwohl noch die wichtigsten Minister fehlen — Papen holt sich zahlreiche Absagen — Das Auswärtige Amt lehnte vor einigen Monaten Papen als unfähig ab — Papen täuscht seine eigene Partei — Keine Mehrheit im Reichstag, deshalb wahrscheinlich Reichstagsauflösung

Das ist nicht alles! Zerklagen werden soll durch den Sturz des Kabinetts Brüning das Projekt der Arbeitsbeschaffung im Wege einer ausstehenden Prämienanleihe. Zerklagen werden soll der Plan einer großzügigen Befehlshaberbesoldung und nicht mehr sanierungsfähigen städtischen Großgrundbesitzes.

Die neue Reichsregierung ist gebildet. Ihre Zusammensetzung und ihre Ziele standen bereits vor Wochen ziemlich genau fest. Es überrascht deshalb nicht, daß sie innerhalb 24 Stunden die die Seine gestellt wurde.

daß er mit seiner Regierung von Baronen und Freiherrn wie einigen bürgerlichen Konzeptionschulzen vom Schlage wenig genialer Männer, wie der Wirtschaftsminister Warmbold, unter sich zählt, vor den Reichstag treten will, um den Schein der Verfassungsmäßigkeit seiner Regierung zu wahren. Das geschieht mit der Auflösungsbefehle in der Tasche. Sie soll zeigen, sobald nach den Erklärungen der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Kommunisten feststeht, daß die Regierung Papen in der Volksvertretung keine Resonanz findet, also vor der Abstimmung über die Mißtrauensvoten. Mit welchem moralischen Recht dieses angebliche Konzentrationskabinett, das alle Anzeichen der Verlegenheit in sich birgt und weder geistige, noch politische Konzentration auch nur im geringsten für sich in Anspruch nehmen kann, sich die Auflösung des Reichstags anmaßt, ist den jetzt ministeriellen Baronen und Freiherrn wahrscheinlich selbst schleierhaft.

Einer der Hauptgründe für den Sturz der Regierung Brüning ist es gewesen, daß diese sich geweiht hat, dem ostelbischen Großgrundbesitz für seine im Siedlungsverfahren aufzuteilenden bankrotten Güter die von den Junkern geforderten phantastischen Ueberpreise zu zahlen.

Der angebliche Führer dieser Regierung, Herr v. Papen, ein bisher im In- und Auslande nur wenig bekannter Mann, wurde vor nicht allzu langer Zeit, als ihn die Zentrumsfraktion des Reichstags der Reichsregierung als Gesandten in Ungarn empfahl, und zwar in der Absicht, ihn aus der Partei los zu werden, vom Auswärtigen Amt als ungeeignet abgelehnt. Das Charakterbild dieses Herrn wird schließlich durch die Tatsache abgerundet, daß von Papen dem Zentrumsführer Raas nach der Berufung zum Reichspräsidenten erklärte, daß er irgend einen Antrag zur Neubildung der Regierung nicht annehmen und er sich dem am Montag gefassten Beschluß der Zentrumsfraktion des Reichstags, nach dem Mitgliedern der Partei unterlagst war, sich ohne Verständigung mit der Parteileitung an der neuen Regierung zu beteiligen, in loyalster Weise füge werde. Die Wirklichkeit ist die, daß Papen im gegenteiligen Sinne seiner Erklärung gehandelt hat und der bis vor kurzem noch zum „Diplomaten ungeeignete“ Mann inzwischen Reichskanzler wurde. Man möchte an einen Witz der Weltgeschichte glauben, wenn die Sache nicht so bitter ernst wäre.

Die Zusammenziehung dieser Mißgeburt von Regierung, von der selbst deutschnationale Persönlichkeiten behaupten, daß sie trotz der schwersten Zeiten die schlechteste Regierung ist, die Deutschland nach dem Untergang erlebt hat und der anzugehören die westfälische Bauernführer und der Ministerkandidat der Schleierei und der Pappenhelmer, Freiherr v. Lüninck, einer führenden Persönlichkeit des Zentrums gegenüber mit dem Bemerkten abgelehnt hat, daß er sich für eine derartige „Bruchgesellschaft“ zu schade sei, deutlich erkennen, auf welches Ziel das Steuer gerichtet werden soll. Die Herren der neuen Reichsregierung haben fast ausschließlich Mitglieder der deutschnationalen Partei, also solche zum Teil verurteilte Freunde des Reichspräsidenten, die mit der Nazibewegung sympathisieren. Der neue Ernährungsminister und Oekonomist, Freiherr v. Braun, ist als Kappist bekannt. Der Bruder des Verkehrs- und Postministers, natürlich ebenfalls ein Freiherr, ist nationalsozialistischer Abgeordneter des Preussischen Landtags, und Herr Eiß von Ribonach selbst ist zwar nicht einsehbares Mitglied der Hitlerpartei, aber er steht ihr so nahe, daß er auch ohne Zahlung der Mitglieds-

Zu den wirtschaftlichen Gründen kommen die politischen. Die durch die Krisenpanik und die Kopflosigkeit eines Teils der Bevölkerung genährten reaktionären Hoffnungen sollen erfüllt werden, indem das Steuer des Reichs nach rechts gedreht wird.

Die Regierung des Herrn v. Papen, deren Zusammenziehung dem Reichspräsidenten übrigens von dem neuen Reichskanzler in Gegenwart des eigentlichen Urhebers dieser Regierung, dem Generalleutnant v. Schleicher, vorgeschlagen wurde, ist parlamentarisch erledigt, noch bevor sie vor den Reichstag tritt. Von den 577 Mitgliedern des Reichstags sind mindestens 322 gegen sie. Zwar wird den neuen Männern in der Erklärung des Zentrums das Mißtrauen nicht ausdrücklich bescheinigt. Immerhin lassen die Schlussfolgerungen dieser Erklärung nur eine positive Opposition gegen die Regierung v. Papen zu und darüber, daß das Zentrum für das von der Sozialdemokratie zu erwartende Mißtrauensvotum stimmen wird, besteht im Augenblick ebenfalls ein Zweifel, wie darüber, daß dieses Mißtrauensvotum kommt, sobald es parlamentarisch dazu an der Zeit ist. Papen ist darüber unterrichtet. Trotzdem meint er,

Es ist bezeichnend, daß dieses Kabinett der Barone, der Generale, der Industrieherrn und Großgrundbesitzer auf die Toleration der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ spekuliert. Es ist ebenso bezeichnend, daß diese angebliche „Arbeiterpartei“ sich unter gewissen Bedingungen zur Toleration dieses ausgesprochen arbeiterfeindlichen „Schafmacherskabinetts“ bereit erklärt.

Breslauer Nachrichten

Immer noch das alte Lied

Die „antifaschistische Massenaktion“
proklamiert ihren Kampf gegen — die Sozialdemokratie

Die „Volkswacht“ berichtete gestern über eine von den kommunistischen Landtagsführern veranstaltete Besprechung mit bürgerlichen Pressevertretern und wies nach einer Aufzählung von Einzelheiten aus dieser Besprechung darauf hin, daß man im Lager der Kommunisten offenbar langsam zur Besinnung zu kommen scheint.

Bis nach Breslau ist diese Besinnung aber erst teilweise vordringen, denn was man gestern abend im Schießwerder bei der neu eingeleiteten „antifaschistischen Massenaktion“ erleben konnte, war nicht dazu geeignet, unter den Begriff der Besinnung gerechnet zu werden, selbst wenn man in der gegenwärtigen Zeit die Gegensätze innerhalb des Proletariats undistinkt lassen wollte.

Der erste Redner der nach ihrem Besuch kaum als „Massenaktion“ anzuprehenden Versammlung, Reichstagsabgeordneter Carl Becker, sprach noch mäßig, wenigstens er machte Seitenhieb für die SPD. austeilte. Aber er vertrat immerhin die Auffassung, daß die neue Regierung sich sehr wesentlich von der kommenden unterscheiden würde. Eine solche Auffassung muß ganz naturgemäß auch bei dem wilden Kommunismus die bisherige politische Haltung der Sozialdemokratie in ganz anderem Lichte erscheinen lassen, als dies in Anbetracht der Hege während der Interregnumzeit der Fall war.

Aber dann kam „unser Führer im Stadtparlament“, der „Klassenkämpfer“ Brodke. Der sprach über Breslau und seinen Stadthaushalt. Im Kreise seiner Parteigänger gebärdete er sich noch ein Votum wilder, als man es von ihm aus den Stadtverordnetenversammlungen gewöhnt ist. Seine Rede, die man ohne Übertreibung als eine einzige Gemeinheit bezeichnen kann, ließ erkennen, daß für seine kommunalpolitische Tätigkeit nur zwei Dinge existieren, die Sozialdemokratie und ihre Rathausfraktion und natürlich der Bürgermeister Macho. Wer als Ortskomitee etwa die Rede Brodkes anhörte, der mußte den Eindruck bekommen, als gebe es in Breslau nur einen einzigen Reaktionsär, Arbeiterschänder, Unterstützungräuber, Volkswampir und Großverblender, eben den Bürgermeister Macho. Eine Rede auf solchem Niveau verbietet von selbst jede Diskussion, denn es war eine einzige Aufpöbelung der niedrigsten Instinkte und es wäre durchaus nicht verwunderlich, wenn sich nach dieser infamen Hege einige verblödete Leute aufmachen würden, den Bürgermeister zu suchen, um ihm eins auszuwischen.

Zu dem, was Brodke gegen Macho sagte, nahm sich die Abrechnung mit dem „kapitalistischen Kreisfänger“ und sozialdemokratischen Stadtverordneten Otte, dem „Reichsbannergeneral“ Frey und dem Schrebergärtner und „berühmtesten“ Volkswachtredakteur Datz direkt harmlos aus, obwohl es Brodke auch bei dieser Hege schwer geworden wäre, seine Ausführungen mit der Anti-Individualterror-Erklärung der KPD. in Einklang zu bringen.

Langweilig wurde er nur, als er die endlosen Anträge vorlas, die seine Partei in den letzten Stadtverordnetenversammlungen gestellt hat, weil das sehr viel Zeit in Anspruch nahm. Als er pathetisch in die Versammlung schrie: „Arbeiter, sind das eure Forderungen?“ da gab es nur einen mageren Bruchteil von dem Beifall, den vorher der erste Redner am Schluß seiner Rede hatte.

Die alten Kapediten im Stadtparlament, Jolla und Wolt, haben gewiß manchen Angriff gegen die SPD. geführt, aber zu sozial Unfähigkeit haben sie es in den ganzen Jahren ihrer Tätigkeit nicht gebracht. Unserer Partei erwächst gegenüber den Brodke'schen Methoden eine Pflicht gegen sich selbst. Sie wird der Rathausfraktion aufgeben müssen, jede, aber auch jede Verhandlung oder Verabredung mit den Kommunistenvertretern im Stadtparlament solange abzulehnen, bis sich Brodke eine andere Tonart angewöhnt hat oder bei den Faschisten gelandet ist, wie der ehemalige „radikale Klassenkämpfer“ und Modejünger Alfred Kähler, der im Freidenkerverband seine „proletarischen“ Gastspiele geben hat und inzwischen bei Hugenberg angekommen ist, wo er mit einer Broschüre unter dem Titel „Hinter roten Gittern“ seine Breslauer KPD-Freunde entlarvt.

Faschistenterror macht sich breit

Große Naziherde wollte das Büro des Reichsbanners stürmen — Polizeibeamte wurden bedrängt — Ueberfall auf Zeitungsträger der Volkswacht

Seit einigen Tagen ist die „aufgelöste“ SA. in fieberhafter Tätigkeit, um die Arbeiter zu provozieren. In der Innenstadt schwärmt seit dem Sturz der Regierung das Nazigeindel ganz auffällig herum, pöbelt die Passanten an, die den Horden nicht in weitem Bogen aus dem Wege gehen oder irgend ein den Nazis nicht genehmes Abzeichen tragen.

Gestern stiegen die ersten Aktionen. Als die Horden am Ring anwuchsen und Polizei eingeleitet wurde, um dem Verkehr Durchgang zu verschaffen, kam es auch dazu, daß eine Kolonne in die Ohlauer Straße abgedrängt wurde, die sich sofort bis an das Haus am Christophorplatz wälzte, in dem sich die Büros des Reichsbanners befinden.

Mehr als hundert Faschisten stürmten gegen 7 Uhr ohne jeden Anlaß in das Haus hinein und die Treppe hinauf und nur dem Umstand, daß sich zwei Polizeibeamte näherten, war es zu danken, daß die Burche schnell wieder den Rückzug auf die Straße antraten. Einige untenstehende Nazis hielten der ins Haus eingebrungenen Sturmkolonne nachgerufen, daß die Polizei kommt. Diese Meldung veranlaßte zur schleunigsten Umkehr.

Die Nazis richtete sich nun gegen die Polizeibeamten, die in das Reichsbannerbüro gingen, um sich zu erkundigen, ob die Burche etwa schon eingedrungen waren. Als die Beamten auf die Straße zurückkehrten, wurden sie von der Herde sofort umringt und in der wildsten Weise beschimpft und angegriffen. Erst als sie die Schußwaffen zogen und entzündeten, konnten sie sich das Verbrechergesinde vom Hals wehren.

Die Beamten hatten inzwischen Zivilpersonen veranlaßt, das Ueberfallkommando zu alarmieren, das auch bald eintraf und die Straße räumte.

Es kam aber immer wieder zu Ansammlungen, bei denen Drohgrufe gegen das Reichsbannerbüro ausgestoßen wurden, wie etwa:

„Kommt nur herunter, ihr Verraten!“

Ein zweiter Fall spielte sich mittags gegen 1 Uhr an der Ecke Posener und Hildebrandstraße ab, wo die Austräger der „Volkswacht“ die Zeitungen vom Lieferwagen in Empfang nahmen.

Hier wurde einer unserer Genossen, der sich in Begleitung seines noch in die Schule gehenden Sohnes befand, beim Verlassen des Lokals von einem Faschisten, der am Rinnstein ein Rad mit Hakenkreuzfahnen hinstellte, ohne Grund und Veranlassung ins Gesicht geschlagen. Einige in der Nähe stehende Helfershelfer führten sofort herbei und wollten Hilfsleistung leisten. Nur weil sich sofort noch andere Genossen einfinden und auch Straßenpassanten gegen die Uebergriffe Stellung nahmen, zogen es die Burche vor, zu verschwinden.

Sie lungern schon seit Tagen um die gleiche Zeit in der Nähe herum und es ist ganz offensichtlich, daß sie einen entsprechenden Plan im Schilde führten. Der Anführer dieser Herde, ein Burche aus der Posener Straße 9, ist zufälligerweise erkannt worden.

Standards ist es, wie die Polizei in ihrem amtlichen Bericht über die Vorfälle bei dem Sturm auf das Reichsbannerbüro informiert. In ein paar mageren Zeilen wird folgendes gesagt:

Zerstörte Ansammlungen

Am Mittwoch, den 1. Juni in den Abendstunden, bildeten sich am Ring und in der Ohlauer Straße verschiedene Personenansammlungen. Die Polizei mußte zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Verkehrs eingreifen. Es gelang nach kurzer Zeit, den Verkehr wieder in normale Bahnen zu lenken.

Aus diesem Bericht kann tatsächlich jeder herauslesen, was er will. Es wird Zeit, daß dieser Berichtabfassung einmal etwas revidiert wird.

Banken wurden nicht betrogen

Urteil im Liebrecht-Prozess — Liebrecht nur wegen Konkursvergehens verurteilt, von allen Betrugsbeschuldigungen freigesprochen

Gestern mittag wurde im Prozess Liebrecht das Urteil verkündet. Liebrecht wurde in fünf Fällen von der Anklage des Betruges freigesprochen, aber wegen Konkursvergehens unter Verlesung mildernder Umstände und Bewährungsfrist zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Urteilsbegründung durch Landgerichtsdirektor Winkler war unstrittig, was man sonst meist nur von den Plädoyers zu sagen pflegt — der Höhepunkt des ganzen Prozesses, denn selten, allenfalls selten wird ein Urteil in so reichhaltiger, fesselnder und die Prozessmaterie erschöpfender Weise dargestellt. Das Urteil geht davon aus, daß sowohl bei den drei besprochenen, Liebrecht zur Last gelegten Fällen Carpathia, Holzmann und Gosic, wie auch hinsichtlich der Deutschen und der Commerz-Bank Betrug nicht nachweisbar sei. Im Falle Gosic fehle jegliches Tatbestandsmerkmal, im Falle Carpathia war die Liebrecht unterstellte Konspiration mit seiner Prokuristin hinsichtlich der Prolongation eines Wechsels und im Falle des Mittelwalder Kaufmanns Holzmann ebenfalls eine heabsichtigte Täuschung durch L. nicht erweisbar. Bei der Deutschen Bank und der Commerz-Bank lag es das Gericht nicht als erwiesen an, daß Liebrecht das Bewußtsein der Vermögensschädigung gehabt habe, da er selbst offenbar nicht annahm, daß die Banken durch seine Kreditnahme geschädigt würden.

Bei dieser Bemertung war die Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten mit ausschlaggebend, in der das Gericht zwar den ärztlichen Sachverständigen hinsichtlich ihrer Feststellungen über die großsprecherische Selbstüberhebung Liebrechts folgte, nicht aber wie die Verteidigung eine beinahe vollständige Unzurechnungsfähigkeit unterstellte, da L. in anderen Fällen durchaus den Eindruck eines klug, sicher und überlegt disponierenden Kaufmanns erweckte. In einzelnen Geschäften zeigen seine Wahrheitsvorstellungen durchaus keine Unaufrichtigkeit, so daß die zahlreichsten Unwahrheiten bei der Bilanzstellung nicht auf dieses Konto gutschreibbarer Unzulänglichkeit gesetzt werden können und daher Beurteilung wegen Konkursvergehens erfolgen mußte.

Hier wird die Urteilsbegründung von den in den Plädoyers angezogenen Thesen Ahlsbergs über milde Beurteilung von Bilanzvergehen ab. Mit betonter Schärfe erklärte Landgerichtsdirektor Winkler, der Kaufmann, der seine Bücher falsch führt, lügt und ist daher nach § 240 Absatz 1 strafbar. Strafbar sei nach der jetzigen Rechtsprechung des Reichsgerichts auch die Zahllosigkeit, die das Gericht darin sieht, daß jede Kontofalle und Aufsicht über die mangelhafte Buchführung des L. fehler Ueberdies sei bei der Bilanz von 1928, die einzig zur Beurteilung angezogen wurde, von L. auch vor sachlich gehandelt worden. Ohne jeden Anhaltspunkt wurden falsche Ziffern, so

die Lösung!

in dem dazu passenden neuen Rasier-Apparat „Rotbart/Mond-Extra“, zusammen mit der neuen Rasier-Creme „Rotbart“, machen das Rasieren jetzt zu einer angenehmen Körperpflege.

Die neuen Langlochklingen passen auch auf die Apparate alten Systems. Ein noch besseres Rasieren gewährleistet aber der neue Apparat.

ROTBART **MOND-EXTRA**

Roth-Büchner G. m. b. H., Spezialfabrik für Rasierapparate und Rasierklingen, Berlin-Tempelhof

Breslauer Nachrichten

Immer noch das alte Lied

Die „antifaschistische Massenaktion“

proklamiert ihren Kampf gegen — die Sozialdemokratie

Die „Volkswacht“ berichtete gestern über eine von den kommunistischen Landtagsführern veranstaltete Besprechung mit kirchlichen Pressevertretern und wies nach einer Aufzählung von Einzelheiten aus dieser Besprechung darauf hin, daß man im Lager der Kommunisten offenbar langsam zur Besinnung zu kommen scheint.

Bis nach Breslau ist diese Besinnung aber erst teilweise vorgedrungen, denn was man gestern abend im Schießwälder bei der neu eingeleiteten „antifaschistischen Massenaktion“ erleben konnte, war nicht dazu angetan, unter dem Begriff der Besinnung gerechnet zu werden, selbst wenn man in der gegenwärtigen Zeit die Gegenläufe innerhalb des Proletariats undisputiert lassen wollte.

Der erste Redner der nach ihrem Besuch kaum als „Massenaktion“ anzusprechenden Versammlung, Reichstagsabgeordneter Karl Becker, sprach noch mäßig, wenigstens er manchen Seitenhieb für die SPD. austeilte. Aber er vertrat immerhin die Auffassung, daß die neue Regierung sich sehr wesentlich von der kommenden unterscheiden würde. Eine solche Auffassung muß ganz naturgemäß auch bei dem wüdesten Kommunisten die bisherige politische Haltung der Sozialdemokratie in ganz anderem Lichte erscheinen lassen, als dies in Anbetracht der Hege während der Isolierungszeit der Fall war.

Aber dann kam „unser Führer im Stadiparlament“, der „Klassenkämpfer“ Brodke. Der sprach über Breslau und seinen Stadthaushalt. Im Kreise seiner Parteigänger gebärdete er sich noch um ein Jota wilder, als man es von ihm aus den Stadtverordnetenversammlungen gewöhnt ist. Seine Rede, die man ohne Übertreibung als eine einzige Gemeinheit bezeichnen kann, ließ erkennen, daß für keine kommunalpolitische Tätigkeit nur zwei Dinge existieren, die Sozialdemokratie und ihre Rathausfraktion und natürlich der Bürgermeister Macho. Wer als Ortsfremder etwa die Rede Brodkes anhörte, der mußte den Eindruck bekommen, als gebe es in Breslau nur einen einzigen Reaktionsär, Arbeiterführer, Unterführungsräuber, Volkswampir und Großverdiener, eben den Bürgermeister Macho. Eine Rede auf solchem Niveau verbietet von selbst jede Diskussion, denn es war eine einzige Aufpeitschung der niedrigsten Instinkte und es wäre durchaus nicht verwunderlich, wenn sich nach dieser infamen Hege einige verbitterte Leute aufmachen würden, den Bürgermeister zu suchen, um ihm eins auszuwischen.

Zu dem, was Brodke gegen Macho hegte, nahm sich die Abrechnung mit dem „kapitalistischen Kreisrichter“ und sozialdemokratischen Stadtverordneten Otte, dem „Reichsbannergeneral“ Frey und dem „Schreibergärtner und „berühmten“ Volkswachtredakteur Dorf direkt harmlos aus, obwohl es Brodke auch bei dieser Hege schwer geworden wäre, seine Ausführungen mit der Anti-Individualterror-Erklärung der KPD in Einklang zu bringen.

Langweilig wurde er nur, als er die endlosen Anträge vorlas, die seine Partei in den letzten Stadtverordnetenversammlungen gestellt hat, weil das sehr viel Zeit in Anspruch nahm. Als er pathetisch in die Versammlung schrie: „Arbeiter, sind das eure Forderungen?“ Da gab es nur einen mageren Bruchteil von dem Beifall, den vorher der erste Redner am Schluß seiner Rede hatte.

Die alten Kapedisten im Stadiparlament, Zylla und Welt, haben gewiß manchen Angriff gegen die SPD. geführt, aber zu sozial Unfähigkeit haben sie es in den ganzen Jahren ihrer Tätigkeit nicht gebracht. Unserer Partei erwacht gegenüber den Brodke'schen Methoden eine Pflicht gegen sich selbst. Sie wird der Rathausfraktion aufgeben müssen, jede, aber auch jede Verhandlung oder Verhandlung mit den Kommunistenvertretern im Stadiparlament solange abzulehnen, bis sich Brodke eine andere Tonart angewöhnt hat oder bei den Faschisten gefandert ist, wie der ehemalige „radikale Klassenkämpfer“ und Modejünger Alfred Köcher, der im Freidenkerverband seine „proletarischen“ Gastspiele geben hat und inzwischen bei Hugenberg angekommen ist, wo er mit einer Broschüre unter dem Titel „Hinter toten Gittern“ seine Breslauer KPD-Freunde entlarvt.

Faschistenterror macht sich breit

Große Naziherde wollte das Büro des Reichsbanners stürmen — Polizeibeamte wurden bedrängt — Überfall auf Zeitungsträger der Volkswacht

Seit einigen Tagen ist die „aufgelöste“ SA in fieberhafter Tätigkeit, um die Arbeiter zu provozieren. In der Innenstadt schwärmt seit dem Sturz der Regierung das Nazigeindel ganz auffällig herum, pöbelt die Passanten an, die den Horben nicht in weitem Bogen aus dem Wege gehen oder irgend ein den Nazis nicht genehmes Abzeichen tragen.

Gestern trugen die ersten Aktionen. Als die Horben am Ring anwuchsen und Polizei eingeseht wurde, um dem Verkehr Durchgang zu verschaffen, kam es auch dazu, daß eine Kolonne in die Ohlauer Straße abgedrängt wurde, die sich sofort bis an das Haus am Christophartplatz wälzte, in dem sich die Büros des Reichsbanners befinden.

Mehr als hundert Faschisten stürmten gegen 7 Uhr ohne jeden Anlaß in das Haus hinein und die Treppe hinauf und nur dem Umstand, daß sich zwei Polizeibeamte näherten, war es zu danken, daß die Burischen schnell wieder den Rückzug auf die Straße antraten. Einige untenstehende Nazis hatten der ins Haus eingedrungenen Sturmkolonne nachgerufen, daß die Polizei kommt. Diese Meldung veranlaßte zur schleunigsten Umkehr.

Die Nazis richtete sich nun gegen die Polizeibeamten, die in das Reichsbannerbüro gingen, um sich zu erkundigen, ob die Banditen etwa schon eingedrungen waren. Als die Beamten auf die Straße zurückkehrten, wurden sie von der Horde sofort umringt und in der wütesten Weise beschimpft und angegriffen. Erst als sie die Schutzaffen zogen und entflohen, konnten sie sich das Verbrechergesinde vom Hals wehren.

Die Beamten hatten inzwischen Zivilpersonen veranlaßt, das Überfallkommando zu alarmieren, das auch bald eintraf und die Straße räumte.

Es kam aber immer wieder zu Ansammlungen, bei denen Drohreden gegen das Reichsbannerbüro ausgesprochen wurden, wie etwa:

„Kommt nur herunter, ihr Lergen!“

Ein zweiter Fall spielte sich mittags gegen 1 Uhr an der Ecke Posener und Hildebrandstraße ab, wo die Austräger der „Volkswacht“ die Zeitungen vom Lieferwagen in Empfang nahmen.

Hier wurde einer unserer Genossen, der sich in Begleitung seines noch in die Schule gehenden Sohnes befand, beim Verlassen des Lokals von einem Faschisten, der am Hinterrad ein Rad mit Fahnenkreuzfahnen hinstellte, ohne Grund und Veranlassung ins Gesicht geschlagen. Einige in der Nähe stehende Helfershelfer hürmten sofort herbei und wollten Hilfsleistung leisten. Nur weil sich sofort noch andere Genossen einfinden und auch Straßenpassanten gegen die Übergriffe Stellung nahmen, zogen es die Burischen vor, zu verschwinden.

Sie hungern schon seit Tagen um die gleiche Zeit in der Nähe herum und es ist ganz offensichtlich, daß sie einen entsprechenden Plan im Schilde führten. Der Führer dieser Horde, ein Burische aus der Posener Straße 9, ist zufälligerweise erkannt worden.

Standalös ist es, wie die Polizei in ihrem amtlichen Bericht über die Vorfälle bei dem Sturm auf das Reichsbannerbüro informiert. In ein paar mageren Zeilen wird folgendes gesagt:

Zerstreute Ansammlungen

Am Mittwoch, den 1. Juni in den Abendstunden, bildeten sich am Ring und in der Ohlauer Straße vereinzelt Personenansammlungen. Die Polizei mußte zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Verkehrs eingreifen. Es gelang nach kurzer Zeit, den Verkehr wieder in normale Bahnen zu leiten.

Aus diesem Bericht kann tatsächlich jeder herauslesen, was er will. Es wird Zeit, daß derlei Berichtabfassung einmal etwas residiert wird.

Banken wurden nicht betrogen

Urteil im Liebrecht-Prozess — Liebrecht nur wegen Konkursvergehens verurteilt, von allen Betrugsbeschuldigungen freigesprochen

Gestern mittag wurde im Prozess Liebrecht das Urteil verkündet. Liebrecht wurde in fünf Fällen von der Anklage des Betruges freigesprochen, aber wegen Konkursvergehens unter Verfassung mildernder Umstände und Bewährungsfrist zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Urteilsbegründung durch Landgerichtsdirektor Winkler war untreulich, was man sonst meist nur von den Klädgers-Anwälten pflügt — der Höhepunkt des ganzen Prozesses, denn selten, allzu selten wird ein Urteil in einem umfassender, fesselnder und die Prozessmaterie erschöpfender Weise dargestellt. Das Urteil geht davon aus, daß sowohl bei den drei besonderen Liebrecht zur Last gelegten Fällen Carpathia, Holzmann und Gosick, wie auch hinsichtlich der Deutschen und der Commerz-Bank Betrug nicht nachweisbar sei. Im Falle Gosick fehle jegliches Tatbestandsmerkmal; im Falle Carpathia war die Liebrecht unterstellte Konspiration mit seiner Prokuristin hinsichtlich der Prolongation eines Wechsels und im Falle des Mittelwalder Kaufmanns Holzmann ebenfalls eine beachtliche Täuschung durch L. nicht erweisbar. Bei der Deutschen Bank und der Commerz-Bank sah es das Gericht nicht als erwiesen an, daß Liebrecht das Bewußtsein der Vermögensschädigung gehabt habe, da er selbst offenbar nicht annahm, daß die Banken durch seine Kreditnahme geschädigt würden.

Bei dieser Bewertung war die Beurteilung der Persönlichkeit des Angeklagten mit ausschlaggebend, in der das Gericht zwar den ärztlichen Sachverständigen hinsichtlich ihrer Feststellungen über die großsprecherische Selbsterhebung Liebrechts folgte, nicht aber wie die Verteidigung eine betragsmäßige Unzurechnungsfähigkeit unterstellte, da L. in anderen Fällen durchaus den Eindruck eines klug, sicher und überlegt disponierenden Kaufmanns erweckte. In einzelnen Geschäften zeigten seine Wahrheitsvorstellungen durchaus keine Unfähigkeit, ja daß die zahlenschweren Unwahrheiten bei der Bilanzabrechnung nicht auf dieses Konto psychologischer Unzulänglichkeit gebürt werden können und daher Verurteilung wegen Konkursvergehens erfolgen mußte.

Hier wird die Urteilsbegründung von den in den Klädgers angezogenen Thelen Ahlsbergs über milde Beurteilung von Bilanzvergehen ab. Mit betonter Schärfe erklärte Landgerichtsdirektor Winkler, der Kaufmann, der seine Bücher falsch führt, lügt und ist daher nach § 240 Absatz 1 strafbar. Strafbar sei nach der jetzigen Rechtsprechung des Reichsgerichts auch die Fahrlässigkeit, die das Gericht darin sieht, daß jede Kontrolle und Aufsicht über die mangelhafte Buchführung des L. fehlte. Überdies sei bei der Bilanz von 1928, die einzig zur Beurteilung angezogen wurde, von L. auch vorjährig gehandelt worden. Ohne jeden Anhaltspunkt wurden falsche Ziffern, die

die Lösung!

Advertisement for Rotbart and Mond-Extra shaving products. The ad features a large illustration of a safety razor and a tube of shaving cream. The text is arranged in a stylized, overlapping manner. At the top left, it says 'die neue' in a large, bold font. Below that, 'ROTBART' and 'MOND-EXTRA' are written in large, bold letters. In the center, 'Klinge' is written in a large, cursive font. At the bottom, 'ROTBART' and 'MOND-EXTRA' are repeated in large, bold letters. To the right, there is a circular logo with the number '3'. The text describes the benefits of the new razor and shaving cream, mentioning that they provide a comfortable and pleasant shaving experience. It also notes that the new blades are compatible with older systems. The advertisement is signed 'Roth-Büchner G. m. b. H.' and 'Spezialfabrik für Rasierapparate und Rasierklingen, Berlin-Tempelhof'.

in dem dazu passenden neuen Rasier-Apparat „Rotbart/Mond-Extra“, zusammen mit der neuen Rasier-Creme „Rotbart“, machen das Rasieren jetzt zu einer angenehmen Körperpflege.

Die neuen Langlochklingen passen auch auf die Apparate alten Systems. Ein noch besseres Rasieren gewährleistet aber der neue Apparat.

Selbstmord in der Gefängniszelle

Der Optiker Plambek aus Altona, der in Frankfurt a. M. im Schnellverfahren wegen Desensibilisierung zu drei Monaten Gefängnis und 12 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, hat sich in der folgenden Nacht in seiner Zelle erhängt.

Plambek und seine Frau waren vor einigen Tagen verhaftet worden, da das Ehepaar 29 J. G. Farben-Aktien, die es in der Schweiz gekauft hatte, zu einem höheren Kurs bei einer Bank absetzen wollte. Die Aktien, im Nominalwert 29 000 Mark, waren beschlagnahmt worden. Frau Plambek, die zu der gleichen Strafe wie ihr Mann verurteilt worden war, wurde aus der Haft entlassen.

Brand in einem bayerischen Dorf

Vater und Sohn ums Leben gekommen
Im Anwesen der Schreinermeistersechelte Aibling brach gestern Feuer aus. Der 48jährige Besitzer des Anwesens und sein 14jähriger Sohn kamen ums Leben. Es liegt Brandstiftung vor.

Skandal vor dem Ende

Im Berliner Skandal-Prozess begann am Mittwoch Staatsanwaltschaftsrat Jäger sein Plädoyer zum Stadtbankkomplex. Der Vertreter der Anklagebehörde führte aus, daß die Hauptverhandlung ergeben habe, daß der den Angeklagten Willi und Leo Skarrel vorgeworfene Betrug an der Stadtbank und die ihnen gleichfalls zur Last gelegte Urkundenfälschung zum Nachteil dieses Instituts zweifellos erwiesen sei. Außerdem sei festgestellt, daß Leo und Willi Skarrel Betrug an der Dresdner Bank und an der Ostbank begangen hätten. Lehmann und Tusch hätten Beihilfe zum Betrug an der Stadtbank geleistet, Gabel Beihilfe zum Betrug an der Dresdner Bank. Die angeklagten Stadtbankdirektoren Schmitt und Hoffmann wären der schweren passiven Beteiligung schuldig. Insgesamt seien Rechnungen für 20 Millionen Mark gefälscht worden. Auf Veranlassung der Skarrels habe der Buchhalter Lehmann insgesamt 218 falsche Urkunden hergestellt. Weitere Täuschungsversuche seien in der Hergabe von Kellereckeln und in der Skarrel'schen Anfertigung falscher Geschäftsbücher zu sehen. Diese Täuschungshandlungen würden überdies von keiner Seite bestritten werden.

Man rechnet damit, daß die Strafverfahren am Freitag vor-mittag gestellt werden.

12 Mörderer in Altona verhaftet

Im Zusammenhang mit Minderungen in Lebensmitteln und anderen Geschäften, die in den letzten Tagen in Altona vorgekommen sind, erfolgte Mittwoch morgen durch die Altonaer Polizei eine groß angelegte Aktion, die zur Festnahme von zwölf Personen führte. Den Festgenommenen — es handelt sich in der Hauptsache um junge Menschen — konnte die Beteiligung an den Minderungen einwandfrei nachgewiesen werden.

Sexualmord

In Koenigs bei Jülich (Rheinland) wurde die vierjährige Tochter des Gärtners Witz in der Scheune unter einem Strohhäufen verstorben, tot aufgefunden. Nach längerem Verhör hat der 18jährige Onkel des Kindes eingestanden, am Sonntag abend das Kind im Sexualverkehr getötet zu haben.

„Ehrenrührig“ unbekannt

Die Fortsetzung der Angeklagtenvernehmung im Brenzlauer Tempeliner Fürsorgeprozess ergab, daß in der von der Inneren Mission geleiteten Fürsorgeerziehungsanstalt Waldhof bei Templin Prügel und Mißhandlungen einen wichtigen Faktor der Pädagogik bildeten. Bei der Erörterung der Verfehlungen des angeklagten Erziehers und Mitgliebes des „Sittlichkeitsvereins vom weißen Kreuz“, Teschler, stellte das Gericht fest, daß der vorläufig nicht mitangeklagte Anstaltsdirektor Krüger den Erzieher Teschler nach Bekanntwerden seiner unethischen Verfehlungen kritiklos entlassen habe. Darauf fragte der Staatsanwalt den Angeklagten, ob er keine plötzliche Abreise aus Waldhof nicht als ehrenrührig empfunden habe. Teschlers Antwort: „Was heißt das — ehrenrührig? Das Wort verstehe ich nicht.“

Dem angeklagten Erzieher Knoblauch wirft die Staatsanwaltschaft gleichfalls vor, daß er sich an den ihm unterstellten Jünglingen sexuell vergangen habe. Knoblauch, Sohn eines Gymnasialprofessors und ehemaliger Kadett, bestreitet indes jede Schuld.

Die Arbeitslosigkeit

In einem Hause in Berlin N wurde am Mittwoch der 27jährige Arbeiter Bruno Bauers, seine 35 Jahre alte Ehefrau Johanna und der 12jährige Sohn Fritz des Ehepaars mit Gas vergiftet tot aufgefunden. Ursache: wirtschaftliche Not infolge dauernder Arbeitslosigkeit.

Zorf statt Zobel

Ein Dornhunder Händler war nach Düsseldorf gekommen in der Absicht, hier billig geschmuggeltes Zobel einzukaufen. Er machte sehr bald die Bekanntheit dreier Unbekannter, die sich sofort erboten, den gewünschten Zobel zu liefern. Nach einer Seitenstraße brachten sie dem Interessenten ein größeres Paket, angeblich mit Zobel gefüllt, und ließen sich dafür 62 Mark zahlen. Den Käufer ermahnten sie, recht schnell und unauffällig mit dem Paket zu verschwinden. Auf der Fahrt nach Dortmund mußte der glückliche Besitzer die betrübliche Feststellung machen, daß er mit einem Paket Zorfherrn belegt worden war. Die Polizei konnte die drei Gauner festnehmen und ins Gefängnis einliefern.

Eine Million Flugkilometer

Als erster Flugzeugführer erreichte der Berliner Luftkapa-Bilanz-Flugkapitän Karl Noak im planmäßigen Luftverkehr die Rekordleistung von 1 Million Flugkilometer.

Kommunisten als Revolverhelden

In dem Borort Gornitz bei Dresden wurden drei Arbeiter unter dem Verdacht, am 1. März den Dresdner Polizeihauptwachmeister Schiefel erschossen zu haben, festgenommen. Die Verhafteten haben die Tat gestanden. Sie wurde ausgeführt, als der Wachmeister gegen die drei Kommunisten, die als Maskolonne fungierten, einzugreifen wollte.

Theaterstübchen oder Brutmaschine?

Hindernisse bei „Zwei Herzen in einem Bett“

Ganz Bukarest amüsiert sich köstlich über einen vor Gericht ausgetragenen und durch ein salomonisches Urteil entschiedenen Streitfall zwischen einem Theaterbesucher und einer Bukarester Theaterdirektion. Kläger war ein Jüngling — aber was für einer!

Der betreffende Jüngling, einer aus dem Kreise der oberen Zehntausend, mußte, was er seinem Kunstbrange schuldig war: er kaufte sich an einem der vergangenen warmen Maitage ein Billett für die Operette „Zwei Herzen in einem Bett“, den größten Schlager der Bukarester Theaterjahren. Am Abend fand sich der junge Mann ziemlich frühzeitig im Musiktempel ein, um in den Wandelhallen die gebührende Sammlung für das große „Ereignis“ zu suchen. Als er beim ersten Gongschlag eiligt seinem Sitz in der vordersten Parkette aufsuchte, fand er diesen von einem ziemlich forpulenten Herrn besetzt. Die Besetzerin stellte den Jüngling klar und der falsch platzierte Besucher räumte den Sitz. Vornehm lässig ließ sich der Jüngling nieder. Aber nach wenigen Sekunden schneelte er mit empörtem Gesicht wieder hoch. Barsch zitierte er die Besetzerin herbei und verlangte einen anderen Sitz mit der Erklärung, daß er auf diesem von seinem majestätischen „Vorherrscher“ hochgradig erwärmten Fauteuil aus hygienischen Gründen unmöglich verbleiben könnte. Die Besetzerin mußte keinen Rat und rief den Aufseher herbei, der die Forderung des „Hygienikers“ ablehnte. Bald war unter allgemeinem Aufsehen ein lebhaftes Wortgefecht im Gange. Der Theaterdirektor kam hinzu, doch der junge Mann blieb bei seiner Ansicht, daß er einen für diese Vorstellung unbenutzten Platz erstanden und deshalb nicht nötig habe, diesen benutzten und obenrein schauderhaft erhitzen Platz in Gebrauch zu nehmen. Trotz allen Zuredens ging der Exzursale nach Hause und der Vorgang konnte mit zehnminütiger Verspätung hochgezogen werden.

Nach wenigen Tagen bekam die Theaterdirektion von einem der bekanntesten Rechtsanwältler der Hauptstadt die Forderung des Jünglings auf Rückerstattung des Billetts und auf Leistung eines Schadenersatzes in Höhe von 3000 Lei (75 Mark) für den entgangenen Kunstgenuss. Die Direktion steckte die Anforderung in den Papierkorb und der junge Mann wandte sich nun an den Kabi.

Die Gerichtsverhandlung nahm einen amüsanten Verlauf, umso mehr, als es dem Richter nicht an Humor fehlte. Der Anwalt des Klägers versuchte in temperamentvoller Weise die Forderungen seines Mandanten zu rechtfertigen. Er ging von der hübschen Gluthitze aus, unter der Bukarest bereits in dieser Jahreszeit brodet, und wies darauf hin, daß dem Kläger nicht zugemutet werden konnte, in Umbracht dieses Umstandes auch noch eine hochgradig angewärmten Fauteuil einzunehmen. Sein Mandant sei ein überaus sensibler Mensch, und zudem wäre doch ein Theaterstübchen keine Brutmaschine.

Der Richter sah sich, wie er selbst feststellte, vor einem Präzedenzfall. Er hatte zu entscheiden, ob die geistige Aufnahmefähigkeit eines Theaterbesuchers durch die gesteigerte Temperatur einer „Sitzfläche“ beeinflusst bzw. vermindert werden kann. Guter Rat war teuer. Der Richter sah wohl zu, daß angesichts der Operette „Zwei Herzen in einem Bett“ und unter Berücksichtigung des jugendlichen Alters des Klägers ein vor-sichtiger Sitz einem angewärmten unbedingt vorzuziehen gewesen wäre. Auf der anderen Seite aber schien ihm doch die Auffassung des Klägers über Hygiene reichlich „überbrütet“. Unter dem Gelächter des Publikums stellte der Richter dem Jüngling die verhängliche Frage, ob er in seinem Leben schon einmal ein Mädchen geküßt und in welcher Weise er bei dieser doch hygienisch auch nicht immer einwandfreien Handlung Hemmungen verspürt habe. Der Jüngling zog es vor, zu schweigen.

Das Urteil war salomonisch: Der Schadenersatzanspruch des Klägers wurde abgewiesen mit der Begründung, daß die ihm entgangene Vorstellung kein Verlust für seinen Drang nach geistiger Bereicherung darstelle. Hingegen wurde ihm das Recht auf Rückerstattung des Billetts zugesprochen. Dem Theaterdirektor gab der Richter die tröstliche Bemerkung mit auf den Weg, daß ihm das Urteil nicht Anlaß sein sollte, seine Sitze nunmehr mit Kühlvorrichtungen zu versehen.

Stüffel der Heimkehr

Auf die Büros der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegs-gefangener und des Zentralnachweisesamtes für Kriegerverluste und Kriegerverlebte in Berlin-Spandau hat ein plötzlicher Frage-sturm eingeleitet: die kürzlich erfolgte Heimkehr eines seit der Sommerkämpfe vermischten deutschen Kriegsteilnehmers Daubmann aus Enzingen (Baden) hat in Tausenden die Hoffnung erweckt, daß auch ihre vermissten Angehörigen eines Tages zurückkehren könnten. Daubmann hat angegeben, daß er in französische Gefangenschaft geraten sei, bei einem Fluchtversuch einen Wächter erschlagen habe, nach Zairefrika verbannt worden wäre und erst nach einem 5000 Kilometer langen Fluchtmarsch einen italienischen Küstendampfer erreicht hätte. Die Heimkehr zu den noch lebenden Eltern erfolgte über Neapel. Daubmann ist begreiflicherweise vollkommen erschöpft. Eine erste amtliche Vernehmung läßt seine Angaben als wahr er scheinen; indes steht man an anderer Stelle seinen Berichten skeptisch gegenüber. Man weiß darauf hin, daß die französische Regierung in der Auslieferung der Kriegsgefangenen vollkommen korrekt verfahren sei und mehrfach bekräftigt habe, daß sich kein Gefangener mehr in Frankreich oder in den Kolonien befände, sofern er dort nicht freiwillig verblieben sei. Eine amtliche Aufklärung der Angelegenheit ist bald zu erwarten.

Der neue Piccard-Flug

Der belgische Stratosphärenfliegerprofessor Piccard war in Zürich, um die dort bestehenden Aufstiegsmöglichkeiten zu seinem zweiten Stratosphärenflug zu prüfen. Eine endgültige Entscheidung über den Flug ist noch nicht gefallen. Piccard plant abermals eine Analyse der sogenannten kosmischen Strahlen. Er wird sich diesmal von dem belgischen Physiker Cosyns begleiten lassen.

Verfälschter Millionenchwinkel

Bei der Fikale der Bank von Frankreich in Arles wurde von zwei Personen ein Wechsel über 4 Millionen vorgelegt, der die Unterschrift des Pariser Barons von Rothschild, des Besitzers des Theaters Pigalle, trug. Nachdem Rothschild auf telephonische Anfrage erklärt hatte, daß er einen derart hohen Wechsel niemals ausgestellt habe, wurde das Papier mit Röntgenstrahlen untersucht. Man stellte fest, daß die Unterschrift als solche zwar echt war, daß darüber aber früher ein anderer Text gestanden hatte. Dieser Text war von den Betrügnern durch die Anweisung von 4 Millionen ersetzt worden. Allerdings behaupten nun die — vorläufig verhafteten — Vorzeiger des Wechsels, daß sie das Papier von dem früheren, im September 1931 durch Autounfall tödlich verunglückten Verwalter des Theaters Pigalle zum Ausgleich für ein Darlehen erhalten hätten; jener sei also der Fälscher gewesen.

Von den blutigen Religionskämpfen in Bombay



Vor wenigen Wochen kam es bekanntlich zu außerordentlich schweren Religionskämpfen zwischen Hindus und Mohammedanern in Bombay. Tausende wurden gestirmt, ausgeraubt und die Waren auf der Straße verbrannt. Die britischen Truppen griffen schließlich in die Unruhen ein und trennten die Kämpfenden.

Neue Abenteuer der Spitzmaus und der Sitternase

Von G. Th. Reiman



11.
Gesagt, getan: wir in die Pfanne! Ich stich ab, und im nächsten Moment trieben wir in der Mitte des Baches; riesig fein! Wir näherten uns immer mehr der Uferseite, wo hohes Rohr und Binien aus dem Wasser emporstiegen. „Hurra! Hurra!“ rief ich aus, „dort werden wir sicher schöne Abenteuer erleben! Du, Sitternase, du wirst jetzt leben, was du noch nie gesehen hast!“

12.
Aber, o Kinder, gerade als unsere Pfanne hart bei den Binien war, hörten wir ein wütendes Mischen und Klagen, und aufblickend sahen wir zwischen den Binien den schrecklichen, blutigen Kopf eines Ratters, der drohend den Rachen aufsperrte, so daß wir die großen, schwarzen Zähne sahen und es uns war, als hätten wir sie uns schon in den Leib bringen!



Frankreichs Gewerkschaftsbewegung

Die Reihe der von der Gewerkschaftsinternationale herausgegebenen Bücher über die Gewerkschaftsbewegung in den verschiedenen Ländern ist um einen neuen Band vermehrt worden.

Der Ausgangspunkt der französischen Gewerkschaftsbewegung ist nach Jouhaux Darstellung die Revolution von 1789. Die Aktion der Arbeiterklasse war naturgemäß von vornherein auch in Frankreich gegen die Ausbeutung durch die Unternehmer und gegen die Unterdrückung durch den Staat gerichtet.

Damit begann ein neuer Abschnitt in der französischen Gewerkschaftsbewegung. Ihre Einheit war aber noch lange nicht verwirklicht; denn neben dem Gewerkschaftsbund bestand der 1892 gegründete Verband der Arbeitshörten.

Trotz der Durchführung der Gewerkschaftseinheit gab es innerhalb des Bundes noch heftige Meinungsverschiedenheiten über die Beziehungen zwischen der politischen und der gewerkschaftlichen Aktion der Arbeiterklasse.

Der Weltkrieg brachte natürlich wie überall eine Öffnung der Bewegung mit sich, aber unmittelbar nach seiner Beendigung und besonders nach der Gründung der Gewerkschaftsinternationale begann eine kräftige Wiederaufbauarbeit.

Schon Ende 1918 wurde ein neues Mindestprogramm der CGT einstimmig angenommen, das die Arbeit für die Wahrung des Friedens, die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker, Anerkennung des Gewerkschaftsrechtes für alle Staatsbeamten, Achtung des Streikrechts, Einrichtung einer Sozialversicherung, Schaffung eines Landeswirtschaftsrates usw. umfaßte.

Der Allgemeine Gewerkschaftsbund ist unter Jouhaux Führung trotz aller Schwierigkeiten und Widerstände, die der Bund und seine Vorgänger zu überwinden hatten, heute zu einer Macht im Staate geworden, auf die die französische Arbeiterklasse stolz sein kann.

Schlichtung

Die Beiträge zur Oberösterreichischen Raumpolitik sind im Juli 1923 im Verlage des Österreichischen Arbeitervereins erschienen.

Der Terror in Coburg

Wie geht es den Arbeitern im Dritten Reich?

Seit 1928 regiert im Rathaus zu Coburg eine nationalsozialistische Mehrheit gegen die Arbeiterklasse. Eine der ersten Taten der Partei „Arbeiterpartei“ in Coburg war, daß fünf Arbeiter — Mitglieder des Gesamtverbandes — aus den städtischen Betrieben hinausgeworfen wurden.

Die Nazis verhielten sich gegenüber den Arbeitern zu terroristischen. Sie entließen den freigewerkschaftlich organisierten Bademeister Bernreuther, der bei der Stadt nahezu vier Jahre tätig war wegen „Arbeitsmangel“.

Die Wut des Nazi-Bürgermeisters Schwede konnte keine Grenzen, er verwarf nun einen anderen Gewerkschaftler zu treffen. Der Freigewerkschafter Roth, der von den Arbeitern beim städtischen Bauamt zum Betriebsrat gewählt war, wurde entlassen.

Am Pfingstmontag erhielten von den 74 beim städtischen Bauamt beschäftigten Personen 42 die Kündigung, darunter waren sämtliche dem Gesamtverband angehörenden Betriebsräte.

Wie dem Gewerkschaften?

Gewerkschaften und Not in USA.

Ich werde nicht wieder vor dem Kongress erscheinen und um Unterstützung bitten. Auch wir haben die Geduld verloren. Die Regierung und der Kongress kennen die Situation.

Das war kein Kapitalist, kein Bankier, kein Sozialist, sondern der Sprecher des respektablen Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Edward F. Mac Grady.

Sicherlich war es ein neuer Klang, der die in ihren Gedanken bereits bei den kommenden Wahlen wehenden Senatoren bestört aufhorchen ließ — ein Klang, durch den sich Pulvergeruch und Barricadenstimmung lag, ein Klang, der der herrschenden Klasse in USA den Willen der amerikanischen Arbeiterklasse ankündigte.

Was soll es im übrigen bringen, wenn von den großen Kösten der Gegenwart und den noch größeren Kösten der Zukunft gesprochen und vor Zukunft geknarrt wird, wenn die Verantwortung auf die Schultern der Bundesbehörden geladen wird?

Man soll die Erklärungen Mac Gradys — sensationelle Erklärungen, weil sie von einem maßgebenden konservativen Gewerkschaftsführer gesprochen wurden — nicht verkleinern und durch billige Kritik entwertet.

Jetzt 17 auf die Straße geworfen. Aufsteigend will er anstelle der Entlassenen nationalsozialistische Wohlfahrtsverbände beschäftigen. Das würde der Stadtkasse nebenbei auf Kosten der Entlassenen eine kleine Entlastung bringen und die nationalsozialistischen Arbeitslosen etwas beruhigen.

Der Gesamtverband wird auf diesem Schlag des Nazimagistrats gegen die Arbeiter zu befragen wissen.

Über Nazi-Coburg sind bei den letzten Wahlen im Reich die rührseligsten Märchen von den Hitler-Propagandisten verbreitet worden. Wenn man die Hitler-Propaganda hörte, dann mußte man glauben, daß es den Arbeitslosen im nationalsozialistischen Coburg geradezu großartig gehe.

Auch die Beamten und der Mittelstand, die sich vielfach einbilden, daß es ihnen unter einem Naziregime besser geht, sollten nach Coburg blicken. Unter dem Naziregime ist dort die Zahl der Gerichtsvollzieher von 2 auf 8 gestiegen.

Coburg muß für jeden Arbeiter, Angestellten und Beamten eine ernste Mahnung sein. Coburg zeigt, daß ein Nazi-Regiment nichts anderes bedeutet, als Niederknüppelung aller nicht auf Hitler schwörenden Arbeiter durch Hunger.

Sich dann wie bisher auf Vorstellungen und Reden beschränken oder sich endlich zum Handeln entschließen, wie es das Lebensinteresse des Bundes und jedes einzelnen Gewerkschafters gebietet vorzuziehen?

Unzweifelhaft hat der Vorstoß Mac Gradys die seit längerem sichtbare Gesetzmäßigkeit zur Arbeitslosenhilfsmäßnahme im Bundeskongress beschleunigt und manden republikanischen und demokratischen Interessenhüter bewegt.

Der Lohnkonflikt im Ruhrbergbau

noch ungeklärt

Der Zechenverband hat den Lohnschlichterspruch für den Ruhrbergbau abgelehnt und den Spruch über den Manteltarif angenommen.

Bei dem Lohnschlichterspruch handelt es sich nur um eine Zwischenlösung bis Ende Juli. Der Vorstoß des Zechenverbandes gegen das Tarifsystem dürfte, wenn es zu einer Verbindlichkeitsklärung des Lohnschlichterspruchs kommt, bald von neuem erfolgen.

Neue Verhandlungen

für die württembergische Textilindustrie

Für die württembergische Textilindustrie sind vom Schlichter neue Verhandlungen anberaumt worden, die wieder in Karlsruhe stattfinden werden.

Neuer Manteltarif

für die chemische Industrie Schlesiens

Der Neuabschluss des Manteltarifvertrages für die Angestellten der chemischen Industrie in Schlesien ist, wie uns der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband mitteilt, ohne Inanspruchnahme des Schlichtungsausschusses nach den letzten Schlussverhandlungen gescheitert.

Tariffestimmung in der Bauindustrie

Der Reichsverband der Deutschen Bauindustrie hat die Lohnabkommen vom 30. Juni genehmigt. Er fordert eine Kürzung des Mindestlöhns für einen männlichen Arbeiter 21 Jahre in Ostklasse I von bisher 75 auf 70 Mark. Das wäre eine Kürzung um rund 14 Prozent.